ADGB für Scharfmacherprogramm!

Schwerindustrieller Silverberg und ADGB-Führer Graßmann in einer Front gegen die Arbeiterschaft
Unverschämte Forderungen der Scharfmacher an Brüning und Hindenburg überreicht!

Ueber die Aussprache im Wirtschaftsbeirat teilt die Vossische Zeitung außerordentlich interessante Einzelheiten mit.

Die Erklärungen Brünings, daß dem deutschen Volke „harte und schwere Opfer auferlegt" werden müßten, wurde, wie gemeldet wird, von dem Schwerindustriellen Silverberg und dem ADGB-Führer Graßmann „nachdrücklichst unterstrichen".

Die bürgerliche Presse betont, daß sowohl die faschistischen Unternehmer, wie die Gewerkschaftsvertreter die „loyale Bereitschaft" unterstrichen, mit der sie „auf der von der Regierung vorgeschlagenen Grundlage mitzuarbeiten" gewillt sind.

Die Einheitsfront zwischen Gewerkschaftsvertretern und Unternehmern ist schon so weit hergestellt, daß im Laufe des heutigen Tages die einzelnen Ausschüsse gebildet und sofort ihre Arbeit aufnehmen werden. Der Ausschuß für das „Stillhalteproblem" wird sich vor allem mit den Währungsfragen befassen.

Die deutsche Bourgeoisie hat es eilig. Die Hauptaufgaben des Wirtschaftsbeirates, die Zertrümmerung des Tarifrechtes und damit die Organisierung des allgemeinen Lohnraubes für alle deutschen Arbeiter sollen schnellstens gelöst werden. Der Termin von 8 bis 10 Tagen, den die schwerindustrielle Presse für die Erledigung dieser Aufgaben stellte, wird bei diesem Tempo der Einigung und Zusammenarbeit sicher nicht eingehalten werden.

Ungeheuerlich sind die Bedingungen der Schwerindustrie: Einheitliche Streiks sollen durch Betriebstarife, durch gesetzmäßige Verankerung des Betriebsfaschismus, unmöglich gemacht werden.

Nach der Vossischen Zeitung soll ein führender Schwerindustrieller folgendes gesagt haben:

„Wenn diese Entscheidung (die Erfüllung der schwerindustriellen Wünsche) nicht bald fällt, dann wird bei uns Weihnachten kein Schornstein mehr rauchen und Löhne und Gehälter werden nicht mehr gezahlt werden."

Mit diesem Programm sind die Gewerkschaftsführer einverstanden. Sie fügen damit ihren bisherigen Verbrechen ein neues hinzu.

Betriebsarbeiter! Gewerkschaftsmitglieder! Setzt euch sofort zur Wehr! Kämpft mit der RGO gegen die faschistische Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern für die Organisierung des Lohnraubs, sondern Einheitsfront aller Arbeiter zum Kampf gegen jeden Pfennig Lohnraub!

Die Milliardenverluste des Kleinhandels

2,4 Milliarden Umsatzrückgang beim Einzelhandel

Wie das Institut für Konjunkturforschung in seiner neuesten Statistik feststellt, ist der Umsatz des Einzelhandels im Jahre 1931 auf den Stand von 1925 gesunken. Bei den Nahrungsmitteln beträgt der Rückgang gegenüber dem Vorjahre 9,6 Prozent, bei der Bekleidung 15 Prozent. Insgesamt ist im Verlauf des Jahres 1931 bisher ein Umsatzrückgang von 2,4 Milliarden Mark oder 11,5 Prozent des gesamten Umsatzes zu verzeichnen.

Der ungeheure Milliardenverlust des Einzelhandels, der natürlich fast ausschließlich die kleinen Händler trifft, ist die Folge des wahnwitzigen Lohnraubs an den Betriebsarbeitern Deutschlands und der ständigen Massenentlassungen. Lohnraub und Massenarbeitslosigkeit sind die eigentlichen Ursachen der Milliardenverluste im deutschen Einzelhandel. Zweifellos wird die nächste Zeit ein noch weiteres Absinken der Einzelhandelsumsätze bringen.

Der Kampf gegen die neue Lohnraubwelle, die jetzt vom Wirtschaftsbeirat organisiert wird, ist darum nicht nur eine Angelegenheit der Betriebsarbeiter, sondern auch der werktätigen Mittelstandes, der die Folgen dieses Unternehmerangriffs am eigenen Leibe zu spüren bekommt. Auch die kleinen Händler müssen sich in die rote Kampffront gegen Lohnraub, Not und Reaktion einreihen.

120 Millionen Mark neues Silbergeld

Der Reichsrat genehmigte die Vorlagen zur Prägung neuen Silbergeldes. Es sollen im ganzen für 30 Millionen Mark Zweimarkstücke und für 90 Millionen Mark Dreimarkstücke hergestellt werden.

1 Milliarde Sparkassenverluste!

Nach der offiziellen Statistik der deutschen Sparkassen haben die Auszahlungen die Einzahlungen im September um 246 Millionen Mark überstiegen. Damit ist der Ueberschuß an Auszahlungen seit Juni auf 889 Millionen Mark gestiegen. Der Einlagenbestand ist auf die Höhe von Mitte Oktober 1930 zurückgegangen.

Der Ueberschuß der Auszahlungen hat auch im Oktober noch angehalten und macht die Geschäftsführung der Sparkassen immer schwieriger. Die Reichsbank muß mit ganz erheblichen Krediten einspringen, wodurch auch die Finanzlage der Reichsbank wieder gerade gebessert wird.

Weiße Mörderorganisation gegen USSR

Unter Führung des französischen Generalstabs bereiten weißgardistische Banditen Attentate vor / Weiße Offiziere zur Ermordung Stalins entsandt / Schützt die Sowjetunion!

Die Rote Fahne ist in der Lage, der internationalen proletarischen Oeffentlichkeit sensationelles Material über die Tätigkeit der weißgardistischen russischen Emigranten zu unterbreiten, die in dem sogenannten „Russischen Allmilitärischen Verband" organisiert und in direkter Verbindung mit dem französischen Generalstab stehen, dessen zweite Abteilung auch die konterrevolutionäre Industriepartei der Ramsin und Konsorten inspirierte.

Infolge der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise haben auch solche Kapitalisten, die bisher zu den freigebigsten Geldgebern der weißgardistischen Emigrantenorganisation gehört haben, ihre Großzügigkeit eingeschränkt. Das hat den berüchtigten Zarengeneral E. K. Miller auf den Gedanken gebracht, durch neue terroristische Attentate gegen bekannte Kommunisten die Aufmerksamkeit und das Vertrauen der Finanzmagnaten aller Nationalitäten wieder auf den „Allmilitärischen Verband" zu lenken und so größere Geldmittel zur Organisierung von Provokationen gegen die Sowjetunion in die Finger zu bekommen.

Die Frage der Anschläge auf bekannte Kommunisten wurde von den Generalen Schatalow und Turkul, beide Führer des Allmilitärischen Verbandes, mit den Vertretern der zweiten Abteilung des französischen Generalstabes verhandelt.

Als Resultat der Verhandlung schlug die zweite Abteilung des französischen Generalstabs der Leitung des Allmilitärischen Verbandes vor, politische Attentate gegen Kommunisten der Sowjetunion in denjenigen Ländern durchzuführen, die nicht zum direkten Einflußgebiet Frankreichs gehören z. B. Deutschland, Italien, Türkei usw. So will der französische Generalstab die Verantwortung anderen in die Schuhe schieben.

Das Netz der weißen Meuchelmörder

Wir beginnen nunmehr mit der Schilderung der Zentren der terroristischen Organisation. In der Tschechoslowakei ist zum Terroristenführer der in Prag wohnende Generalmajor der Drosdover Division, Wladimir Grigorjewitsch Horschewski, ernannt worden. Dieser Fähnrich, der während des imperialistischen Weltmordens bis zum Generalmajor gestiegen ist, gilt als einer der erbarmungslosesten Kommunistenhasser.

Er sucht junge, erwerbslose Leute unter den jüngeren Offizieren der ehemaligen weißen Armee und organisiert sie in speziellen Kursen, in denen die Konspiration studiert, Bombenwerfen geübt und die nötigen Spezialkenntnisse zur Ausführung der Attentate beigebracht werden.

Die Terroristen werden mit Bomben versehen, die Horschewski in verschiedenen Prager Betrieben und Werkstätten, getarnt als Indikatoren für Automobile fabrizieren läßt. Jede solche Granate ist mit 600 Gramm Grabrovid oder Amonal gefüllt, das von Bulgarien nach Prag importiert wird und 300 bis 400 tschechische Kronen kostet. Eine Zeitlang war das Gribonid und Amonal in der Wohnung von Alexei Nikolajewitsch Kopylow gelagert (Adresse: Radesovice u. Prahi c 117).

Hier die Verschwöreradressen

Die Verbindung zwischen den Terroristen und dem General Horschewski wird durch einige konspirative Adressen aufrechterhalten, von denen die Redaktion der Roten Fahne vorläufig die folgenden zwei der Oeffentlichkeit übergibt: A. K. Friedmann (Hauptmann), Rostogy und Prahi c 22, und Ingenieur-Fähnrich Sendulski, Libusina 28 (Akropolis) Praha. Als Chiffre unter den Terroristen diente das Gedicht des verstorbenen russischen Dichters Block „Porträt". Für konspirative Zwecke benutzte der General Horschewski mehrere Mal das Auto eines gewissen Militärattachés des Prager Diplomatischen Corps.

Auftrag zur Ermordung Stalins

Die Hauptbemühungen der Horschewskischen Organisation konzentrierten sich auf die Tötung der Führer der Kommunistischen Partei, der Sowjetunion und in erster Reihe des Genossen Stalin. **Horschewski persönlich organisierte den Terrorakt gegen den Genossen Stalin, zu welchem Zweck er erwerbslose Weißgardisten drillte. Wir verfügen über konkretes Material, wonach mehrere dieser Berufsmörder mit falschen Sowjetpässen in die UdSSR geschickt wurden.**

So hat Horschewski zusammen mit dem weißgardistischen Hauptmann Saitzew (Paris) vor einiger Zeit den weißen Hauptmann P. M. Trofimow nach Moskau entsandt, von wo er bis jetzt nicht zurückgekehrt ist. . . . Beinahe gleichzeitig mit Trofimow wurde ein gewisser Utthoff ausgeschickt.

Mit diesen sensationellen Mitteilungen ist unser Material noch lange nicht erschöpft. Wir werden weitere aufsehenerregende Enthüllungen über das Treiben der Terroristen in den europäischen Hauptstädten und ihre Unterstützung durch offizielle Stellen veröffentlichen.

Aber schon das vorliegende Material zeigt, wie notwendig die Wachsamkeit der deutschen Werktätigen angesichts des verbrecherischen Treibens der Sowjetfeinde ist, die in deutschen Kapitalisten hervorragende Geldgeber gefunden haben. Im Kampf gegen die internationalen Kriegshetzen wird unsere kommunistische Bruderpartei in der Sowjetunion, wird die Arbeiterklasse der UdSSR, wird die Rote Armee auf die tatkräftige Solidarität der deutschen Arbeiterklasse wie auf einen Fels bauen können.

SAP sabotiert antifaschistische Einheit!

Essener SAP-Führer lehnen gemeinsame Kundgebung gegen den Faschismus ab

Essen, 2. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Am Sonnabend dem 24. Oktober gingen zwei Vertreter der Ortsleitung der KPD Essen zum Vorstand der Seydewitz-Partei und forderten ihn zu einer gemeinsamen Kundgebung gegen den Faschismus auf. Der Vertreter der SAP erklärte, daß er den Beschluß der Partei am Montag mitteilen wolle.

Am Montagabend fand eine Besprechung der beteiligten Parteien statt, zur der außer der SAP auch die radikal-demokratische Partei und die Arbeiter- und Bauernpartei (vormals christlich-soziale Reichspartei) eingeladen wurden. Während die beiden letztgenannten Parteien in dieser Besprechung erschienen, waren die Vertreter der SAP nicht anwesend und ließen mitteilen, daß sie eine Beteiligung an der gemeinsamen antifaschistischen Kundgebung ablehnen.

Die Haltung der SAP ist umso schwerwiegender, als die Kommunistische Partei in ihrer Aufforderung ausdrücklich mitgeteilt hat, daß jede der an der antifaschistischen Kundgebung beteiligten Parteien ihre eigenen Fahnen und Transparente und ihre eigenen Redner stellen könnte unter der Voraussetzung, daß die antifaschistische Kampfeinheit gewahrt bleibt.

Damit haben die „linken" Führer wieder einmal gezeigt, daß es ihnen genau so wenig ernst mit dem Kampf gegen den Faschismus ist, wie ihren rechten Kollegen in der SPD-Parteileitung. Für die oppositionellen Arbeiter ist es ein neuer Beweis, daß nur unter Führung der Kommunistischen Partei die wirkliche Einheitsfront gegen Hunger und Faschismus gebildet werden kann.

Von Seydewitz geheilt

In einer Versammlung in Oldenburg erklärte ein SPD-Arbeiter seinen Uebertritt zur Kommunistischen Partei. Dieser Arbeiter war 10 Jahre lang Mitglied der SPD und war vor kurzer Zeit zur Seydewitz-Gruppe übergelaufen.

Von Wels zu Thälmann

SPD-Gemeinderat und acht SPD-Mitglieder gründen Ortsgruppe der KPD

In Steinsberg, einem Proletarierdorf in der Nähe von Regensburg, trat der Leiter der sozialdemokratischen Ortsgruppe selbst an unsere Genossen in Regensburg mit der Bitte heran, für eine Versammlung, zu der der Abgeordnete Schlichtinger als Referent angekündigt war, einen kommunistischen Diskussionsredner zu schicken. Unserem Genossen wurde von vornherein eine Redezeit von 30 bis 45 Minuten zugesichert. Unter dem Druck des anwesenden Bonzen glaubte nun der Vorsitzende in der Versammlung die getroffenen Abmachungen durchbrechen zu müssen. Nach 15 Minuten entzog er dem kommunistischen Diskussionsredner das Wort. Die Arbeiter waren damit aber nicht einverstanden und verlangten längere Redezeit für den Kommunisten. Als man unseren Genossen nicht weitersprechen lassen wollte, brach ein so großer Entrüstungssturm aus, daß der Herr Landtagsabgeordnete auf sein Schlußwort verzichten mußte und fluchtartig das Lokal verließ.

Acht sozialdemokratische Arbeiter, darunter ein Gemeinderat, und ein parteiloser Arbeiter erklärten den Uebertritt zur KPD. So kam es zur Gründung der kommunistischen Ortsgruppe Steinsberg.

Der „Rote Wähler" ist deine Zeitung
Verlange sie von jedem Zeitungskolporteur

SPD-Arbeiter treten zur KPD über

Drei Bremer Arbeiter, die lange Jahre Mitglieder der SPD und des Reichsbanners waren, sind zur KPD und Roten Hilfe übergetreten.

Während des Hafenarbeiterstreikes hatten sie versucht, Streikbrecher über ihre schimpfliche Rolle aufzuklären. Sie wurden verhaftet und unter Anklage gestellt. Ihre Partei hat sie schmählich im Stich gelassen. Nicht einmal Rechtsschutz hat die SPD diesen ehrlichen Klassenkämpfern gewährt.

In einem offenen Brief wenden sie sich an ihre ehemaligen Parteigenossen und Reichsbannerkameraden und fordern sie auf, ihrem Schritt zu folgen. „Wir Unterzeichneten erklären, daß wir erkannt haben, daß die SPD und das Reichsbanner und die Freien Gewerkschaften nicht gewillt sind, den Kampf gegen Streikbrecher und den Faschismus zu führen. Dieser Kampf kann nur geführt werden unter der Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands! Den Opfern dieses Kampfes wird nur Schutz und Hilfe durch die Rote Hilfe zuteil."

Wir marschieren!

Die Ortsgruppe Neuwied (Rheinland) hat an einem Tage 17 Arbeiter für die Partei gewonnen, 14 neue Abonnenten für die Wochenzeitung, einen Abonnenten für die Tageszeitung, einen Abonnenten für den „Roten Wähler", zwei Mitglieder für die Rote Hilfe.

Notverordnung gegen Notgeld

Der Reichsfinanzminister Dietrich hat am Sonnabend eine Notverordnung erlassen, wonach der **Druck von Notgeld mit hohen Strafen verboten** ist. Daß eine solche Notverordnung überhaupt erlassen werden mußte, zeigt, daß doch bereits ziemlich viel Notgeld von den verschiedensten Körperschaften in Umlauf gesetzt wurde.

Berichtigung

In dem Aufruf des Zentralkomitees zum japanischen Ueberfall, der im Auslandsteil veröffentlicht ist, ist durch ein technisches Versehen ein Absatz ausgefallen. Dieser Absatz, den wir hiermit nachtragen, gehört vor den letzten Abschnitt des Aufrufs. Er lautet folgendermaßen:

„Die japanischen Maßnahmen in der Mandschurei sind bereits der erste Schritt zur Entfesselung eines Kriegs gegen die Sowjetunion.

Wie am 4. August 1914 stellt sich die 2. Internationale angesichts dieser drohenden Gefahren vorbehaltlos auf die Seite der imperialistischen Kriegstreiber. Die japanische Sozialdemokratie deckt und unterstützt vollständig den Raubkrieg der japanischen Imperialisten in der Mandschurei. Der Vorsitzende der 2. Internationale, Vandervelde, anerkennt Japans Räuber„rechte" auf die Mandschurei. Und die deutsche Sozialdemokratie erklärt in den Spalten des Vorwärts, daß Japan nur „seine Rechte verteidige"."

SLUB
Wir führen Wissen.